

LC

ÜBERSETZUNG

KÖNIGREICH BELGIEN

GUTACHTEN 44.061/2
VOM 25. FEBRUAR 2008

DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG
DES STAATSRATES

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, zweite Kammer, der am 30. Januar 2008 von dem Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten wurde, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets "zur Festlegung der Rahmenpläne für die Primarschule und für die erste Stufe der Sekundarschule" abzugeben, hat folgendes Gutachten abgegeben :

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, in seiner durch das Gesetz vom 2. April 2003 ersetzten Fassung, eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84, § 3, der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs, die Zuständigkeit des Verfassers des Rechtsakts sowie die Erfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, ruft der Entwurf die folgenden Bemerkungen hervor.

Allgemeine Bemerkungen

Wie in seiner Begründung bemerkt wird, bezweckt der Dekretvorentwurf die Festlegung der Rahmenpläne, die Anforderungen an das Lehren und Lernen formulieren. Außerdem wird in der Begründung Folgendes präzisiert :

"Um die Sicherung und Steigerung der Bildungsqualität, die Transparenz des Bildungssystems, die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und den linearen und kohärenten Aufbau des Kompetenzerwerbs - zuerst vom 1. Primarschuljahr bis zum 2. Sekundarschuljahr, später bis zum Ende der Sekundarausbildung - noch besser als zuvor zu gewährleisten, wurden die 2002 festgelegten Schlüsselkompetenzen in den vorliegenden Rahmenplänen zu einem verbindlichen Orientierungsrahmen weiterentwickelt."

In ihrem Gutachten 31.610/2/V hatte die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates Folgendes bemerkt ⁽¹⁾ :

"Tragweite des Entwurfs

Der entworfene Text zielt darauf ab, die Entwicklungsziele für den Kindergarten und die Schlüsselkompetenzen für den Primarschulbereich und für die erste Stufe des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und

⁽¹⁾ Gutachten 31.610/2/V vom 25. Juli 2001 über einen Vorentwurf, der das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. Dezember 2002 über die Festlegung der Entwicklungsziele für den Kindergarten und der Schlüsselkompetenzen für den Primarschulbereich und für die erste Stufe des Sekundarunterrichts mit Ausnahme des berufsbildenden Unterrichts und zur Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen und des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen geworden ist.

subventionierten Sekundarunterrichtswesens in Anwendung von Artikel 75, § 4, des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen ⁽²⁾ festzulegen.

(...)

Allgemeine Bemerkung

1. Durch das Urteil Nr. 76/96 vom 18. Dezember 1996 hat der Schiedshof das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 22. Februar 1995 zur Bestätigung der Entwicklungszielsetzungen und der Endziele des Regelvorschul- und Primarschulunterrichts ⁽³⁾ für nichtig erklärt, weil seine Zielsetzungen

«... so umfassend und detailliert sind, dass vernünftigerweise nicht behauptet werden kann, es handele sich um Mindestzielsetzungen, zumal sie zur Verwirklichung des eigenen pädagogischen Projektes zu wenig Spielraum lassen. Insofern wird die Unterrichtsfreiheit angetastet.» ⁽⁴⁾

In seinem Urteil Nr. 49/2001 vom 18. April 2001 ⁽⁵⁾ hat der Schiedshof wie folgt erwogen :

"Die Unterrichtsfreiheit im Sinne von Artikel 24 § 1 der Verfassung beinhaltet für die Organisationsträger das Recht, ohne Bezugnahme auf eine bestimmte konfessionelle oder nicht-konfessionelle Weltanschauung, mit Inanspruchnahme der Finanzierung oder Bezuschussung durch die öffentliche Hand, einen Unterricht zu organisieren und anzubieten, dessen Eigenart in bestimmten pädagogischen oder erzieherischen Auffassungen begründet liegt. Sie verhindert nicht, dass der zuständige Gesetzgeber im Hinblick auf die Gewährleistung der Qualität und der jeweiligen Gleichwertigkeit des mit öffentlichen Mitteln erteilten Unterrichts Maßnahmen ergreift, die auf die Unterrichtsanstalten allgemein anwendbar sind - ungeachtet der Eigenart des von ihnen erteilten Unterrichts.

Die wünschenswerte Beschaffenheit und die Wahl dieser Maßnahmen sind Sache des zuständigen Gesetzgebers - im vorliegenden Fall der Dekretgeber, der in Anwendung von Artikel 24 § 5 der Verfassung die Organisation, Anerkennung und Bezuschussung des Unterrichtswesens zu regeln hat und die politische Verantwortung dafür trägt.

⁽²⁾ Belgisches Staatsblatt vom 24. November 1998.

⁽³⁾ Belgisches Staatsblatt vom 19. Mai 1995.

⁽⁴⁾ Belgisches Staatsblatt vom 31. Januar 1997; Erwägungsgrund B.9.

⁽⁵⁾ Belgisches Staatsblatt vom 8. Mai 2001; Erwägungsgründe B.8, Absatz 2, bis B.11.

B.9. Es ist nicht Sache des Hofes, zu beurteilen, ob der Grundsatz und das Bezugssystem für die Grundfertigkeiten in ihrer in den angefochtenen Artikeln des obenerwähnten Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 26. April 1999 vorgesehenen Form angebracht oder wünschenswert sind. Es ist wohl aber Sache des Hofes, zu beurteilen, ob - angesichts der von den klagenden Parteien geäußerten Kritik - die Verpflichtungen, die durch diese Grundfertigkeiten, so wie sie im angefochtenen Dekret im einzelnen aufgeführt sind, auferlegt werden, nicht die pädagogische Freiheit, die zu der durch Artikel 24 § 1 der Verfassung gewährleisteten Unterrichtsfreiheit gehört, antasten oder unverhältnismäßig sind, indem sie über dasjenige hinausgehen würden, was zur Erfüllung der verfolgten Zielsetzungen allgemeinen Interesses - Gewährleistung der Qualität und der jeweiligen Gleichwertigkeit des Unterrichts - notwendig ist.

B.10.1. Der Hof stellt fest, dass das Bezugssystem für die Grundfertigkeiten einerseits in die Organisation der mit der Überwachung der Unterrichtsqualität beauftragten Gemeinschaftsinspektion integriert ist und andererseits mit der Befugnis der Unterrichtsanstalten zusammenhängt, autonom und ohne Einschreiten der öffentlichen Hand rechtsgültige Zeugnisse und Diplome auszustellen.

B.10.2. Wie unter B.1.2 dargelegt wurde, sind der Grundsatz und das Bezugssystem für die Grundfertigkeiten, die im obenerwähnten Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 24. Juli 1997 (das «Aufgabendekret») festgelegt sind, als «Referenzsystem» abgefasst, das die Unterrichtsanstalten in den ersten acht Jahren der Schulpflicht einhalten müssen und in dem die Fertigkeiten festgelegt sind, die die Mehrheit der Schüler bei Ablauf dieser Unterrichtszeit beherrschen müssen (Parl. Dok., Parlament der Französischen Gemeinschaft, 1996-1997, 152, Nr. 1, SS. 6 und 7). Die angefochtenen Bestimmungen des Dekrets vom 26. April 1999 weichen nicht von diesem Konzept ab (Parl. Dok., Parlament der Französischen Gemeinschaft, 1998-1999, 299, ebenda, Nr. 2, SS. 3 und 4).

B.10.3. Auch wenn man mit dem Bezugssystem für die Grundfertigkeiten die Autonomie der Schulen, um ohne Eingreifen der öffentlichen Hand ihre eigenen pädagogischen Methoden festzulegen und rechtsgültige Zeugnisse und Diplome auszustellen, beachten wollte (Parl. Dok., Parlament der Französischen Gemeinschaft, 1998-1999, 299, ebenda, SS. 7 und 8, und Ausf. Ber., 1998-1999, Nr. 5, SS. 15 bis 17), ist dieses System doch ein angemessenes Mittel, einerseits die Gleichwertigkeit der Zeugnisse und Diplome zu sichern und andererseits die Gleichwertigkeit des Unterrichts zu gewährleisten in den Einrichtungen, die von den Eltern und Schülern frei ausgewählt werden können.

B.11. Es stellt sich jedoch heraus, dass die Beschreibung des Bezugssystems für die Grundfertigkeiten in den Anhängen I bis VIII des angefochtenen Dekrets vom 26. April 1999, einschließlich derjenigen der mit diesen Grundfertigkeiten zusammenhängenden «mentalalen Prozesse», «Arten, zu lernen» und Haltungen in bezug auf «Beziehungsverhalten», derart umfangreich und ausführlich ist, dass es vernünftigerweise nicht als «Basisbezugssystem» angesehen werden kann; indem die «Bestätigung» des Bezugssystems für die Grundfertigkeiten durch die angefochtenen Bestimmungen des Dekrets vom 26. April 1999 und seiner Anhänge auf eine

.../...

zu verbindliche Weise Unterrichtsmethoden präzisiert, lässt sie den Schulträgern keinen ausreichenden Spielraum, um ihr eigenes pädagogisches Projekt zu verwirklichen."

2. Im vorliegenden Fall kann der Staatsrat lediglich seine Gutachten 28.739/2 über einen Entwurf eines Erlasses der Regierung der Französischen Gemeinschaft «déterminant des socles de compétences»⁽⁶⁾ und 28.740/2⁽⁷⁾ über einen Vorentwurf eines Dekrets "portant approbation des socles de compétences"⁽⁸⁾ wiederholen, die beide am 8. Februar 1999 abgegeben wurden⁽⁹⁾.

Nachdem die Gesetzgebungsabteilung an das Urteil des Schiedshofs Nr. 76/96 vom 18. Dezember 1996 und insbesondere an den besagten Erwägungsgrund B.9 erinnert hat, hat sie in ihren Gutachten das Folgende präzisiert:

«Cette jurisprudence de la Cour d'arbitrage est d'application en ce qui concerne les socles de compétences. Il appartient au législateur décentralisé de s'assurer que les socles de compétences ne sont pas à ce point détaillés qu'ils violent les principes que la Cour d'arbitrage a dégagés dans son arrêt précité.».

Um die entworfenen Anhänge den Anforderungen des Schiedshofs anzupassen, kann die Deutschsprachige Gemeinschaft sich nützlich auf das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 24. Juli 1996 zur Bestätigung der Endziele und der Entwicklungszielsetzungen der ersten Stufe des Regelsekundarschulwesens⁽¹⁰⁾ stützen. Diesbezüglich hat die Gesetzgebungsabteilung in dem am 17. Mai 2001 abgegebenen Gutachten 31.675/2 über einen Vorentwurf eines Dekrets der Französischen Gemeinschaft "portant confirmation des socles de compétences visés à l'article 16 du décret du 24 juillet 1997 définissant les missions prioritaires

⁽⁶⁾ Dieser Erlass wurde schließlich nicht verabschiedet.

⁽⁷⁾ Veröffentlicht in Dok. Rat der Französischen Gemeinschaft, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 299/1, S. 7.

⁽⁸⁾ Dieser Vorentwurf ist das Dekret vom 26. April 1999 "portant confirmation des socles de compétence et modifiant la terminologie relative à la compétence exercée par le parlement en application des articles 16, 25, 26, 35 et 43 du décret du 24 juillet 1997 définissant les missions prioritaires de l'enseignement fondamental et de l'enseignement secondaire et organisant les structures propres à les atteindre" (Belgisches Staatsblatt vom 27. August 1999) geworden.

⁽⁹⁾ Siehe auch das am 26. Oktober 1998 abgegebene Gutachten 28.327/2 über einen Vorentwurf eines Dekrets "portant approbation de profils de formation tels que définis à l'article 6 du décret du 27 octobre 1994 organisant la concertation pour l'enseignement secondaire" (Dok. Rat der Französischen Gemeinschaft, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 286/1, S. 209).

⁽¹⁰⁾ Belgisches Staatsblatt vom 14. August 1996. Für das Regelgrundschulwesen siehe das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 15. Juli 1997 zur Bestätigung der Entwicklungszielsetzungen und der Endziele des Regelgrundschulwesens, Belgisches Staatsblatt vom 28. August 1997.

de l'enseignement fondamental et de l'enseignement secondaire et organisant les structures propres à les atteindre et organisant une procédure de dérogation limitée" an das Folgende erinnert:

«2. (...) Dans le même ordre d'idée, des objectifs de développement et objectifs finaux moins contraignants avaient déjà été adoptés par le décret de la Communauté flamande du 24 juillet 1996 sanctionnant les objectifs finaux et les objectifs de développement du premier degré de l'enseignement secondaire ordinaire ⁽¹¹⁾, lequel décret a résisté au contrôle de constitutionnalité effectué par la Cour d'arbitrage en son arrêt n/ 19/98 du 18 février 1998 ⁽¹²⁾. La Cour a notamment considéré que :

'B.14.4. La partie requérante reste en défaut de démontrer - et la Cour n'aperçoit pas - que ces objectifs finaux et objectifs de développement - qui, ainsi qu'il est indiqué plus haut, doivent seulement être poursuivis et pour lesquels le contrôle de l'autorité se limite à vérifier si l'établissement d'enseignement a donné une impulsion à leur poursuite - ne laisseraient pas une place suffisante aux conceptions philosophiques, pédagogiques et éducatives propres ou pourraient faire obstacle à ce que soit dispensé un enseignement conforme à une conception pédagogique, philosophique ou éducative propre ou à une vision particulière de la société.'».

3. Wie der Schiedshof in seinem genannten Urteil 49/2001 bemerkt hat, ist das Bezugssystem für die Grundfertigkeiten zwar zulässig, doch der Dekretgeber muss für die Gewährleistung der Äußerung der pädagogischen Freiheit ein Abweichungsverfahren entwickeln, das den Schulträgern ermöglicht, ihre eigenen pädagogischen Methoden und Auffassungen anzuwenden.

In seinem o.a. Urteil Nr. 49/2001 vom 18. April 2001 hat der Schiedshof nämlich das Folgende erwogen:

«Indem der Dekretgeber kein Verfahren vorsieht, um beschränkte Abweichungen zu gewähren für Schulträger, die - unter Einhaltung der Grundrechte und -freiheiten und ohne die Qualität des Unterrichts, die inhaltlichen Mindestanforderungen oder die Gleichwertigkeit der Zeugnisse und Diplome zu beeinträchtigen - Unterricht auf der Grundlage von spezifischen pädagogischen Auffassungen erteilen oder erteilen möchten, verstößt er gegen die durch Artikel 24 § 1 der Verfassung gewährleistete Unterrichtsfreiheit.».

⁽¹¹⁾ Belgisches Staatsblatt vom 14. August 1996.

⁽¹²⁾ Belgisches Staatsblatt vom 17. März 1998.

In bezug auf die Notwendigkeit, ein Abweichungsverfahren zu organisieren, hat die Gesetzgebungsabteilung im o.a. Gutachten 31.675/2 ⁽¹³⁾ die folgenden Anforderungen hervorgehoben :

«"3.2. En ce qui concerne le deuxième objet de l'avant-projet de décret examiné, à savoir l'institution d'une procédure de dérogation, les arrêts 76/96 et 49/2001 de la Cour d'arbitrage suscitent une question fondamentale: est-il possible de pallier la violation de la liberté d'enseignement résultant de socles de compétences très étendus et détaillés en organisant une procédure de dérogations limitées ?

Il convient de considérer que plus les socles de compétences sont attentatoires à la liberté d'enseignement, plus les possibilités de dérogations doivent être larges. Saisie de l'avant-projet devenu l'article 6ter de la loi du 29 mai 1959 tel qu'inséré par le décret de la Communauté flamande du 15 juillet 1997, la section de législation du Conseil d'État a fait l'observation suivante :

'Wat het principe van de onderwijsvrijheid betreft, moeten die ontwerpen dan ook in hun onderlinge samenhang worden bekeken, m.a.w. moet de mogelijkheid van afwijking van de eindtermen en ontwikkelingsdoelen beoordeeld worden in functie van de eindtermen zelf. Het ligt voor de hand dat hoe algemener en minder gedetailleerd de eindtermen zelf zijn, hoe geringer de noodzaak om ervan te kunnen afwijken en hoe stringenter de voorwaarden kunnen worden gemaakt waaronder die afwijking mogelijk is. Zijn de eindtermen daarentegen meer gedetailleerd, dan moeten de mogelijkheden om ervan te kunnen afwijken ruimer worden geconcipieerd.

Daarmee is echter niet alles gezegd. Er dient daarbij ook voor ogen te worden gehouden dat, naar de wil van de grondwetgever, zoals deze wordt geïnterpreteerd door het Arbitragehof, de eindtermen en ontwikkelingsdoelen dermate als minimalistische doeleinden moeten worden geformuleerd dat zij een eigen pedagogisch project mogelijk maken (zie overweging B.9 van het voormelde arrest). Van die vaststelling moet ook in het voorliggend ontwerp worden uitgegaan, gelezen in samenhang met de ontwerpen welke reeds voor advies werden voorgelegd aan de Raad van State: de door de regering vastgestelde eindtermen en ontwikkelingsdoelen moeten op zich een eigen pedagogisch project mogelijk maken. Die mogelijkheid mag evenwel niet enkel verwezenlijkbaar zijn door het aanvragen en verkrijgen van een afwijking op de door de regering vastgelegde eindtermen en ontwikkelingsdoelen ⁽¹⁴⁾

⁽¹³⁾ Dieser Dekretvorentwurf wurde infolge der Nichtigerklärung der Artikel 2 bis 9 des Dekrets vom 26. April 1999 durch das o.a. Urteil 49/2001 des Schiedshofs vom 18. April 2001 vorgelegt.

⁽¹⁴⁾ Het ontwerp lijkt er integendeel van uit te gaan dat dit eigen project alleen gerealiseerd kan worden via de procedure van afwijking op de eindtermen.

welke logischerwijze dan ook, zoals het Arbitragehof het zegt, "beperkt" zullen zijn ⁽¹⁵⁾.

In het voormelde advies L. 26.391/1 heeft de afdeling wetgeving wat dat betreft opgemerkt dat het haar niet mogelijk was te onderzoeken of die vast te stellen eindtermen ditmaal wel konden worden beschouwd als "minimale doelstellingen" en of zij in overeenstemming waren met de grondwettelijke beginselen van gelijkheid en vrijheid van onderwijs, alsmede dat, in voorkomend geval die vraag door het Arbitragehof zou worden beantwoord.' ⁽¹⁶⁾.

L'avant-projet de décret prévoit que les dérogations seront accordées à deux conditions. D'une part, il faut que le pouvoir organisateur concerné dispense un enseignement qui s'inspire de conceptions pédagogiques particulières. D'autre part, cet enseignement doit être donné dans le respect des libertés et des droits fondamentaux et sans porter atteinte, ni à la qualité de l'enseignement, ni au contenu de base, ni à l'équivalence des certificats et diplômes.

Il appartient aux auteurs du projet de justifier, dans l'exposé des motifs, que les dérogations prévues sont suffisamment larges, compte tenu du fait que les socles de compétence sont définis de façon particulièrement étendue et détaillée.».

Im vorliegenden Fall wird das einzuführende Abweichungsverfahren besonders weite Abweichungsmöglichkeiten vorsehen müssen, da die Schlüsselkompetenzen auf sehr ausführliche Weise definiert werden.

4. Aus dem o.a. Gutachten 31.675/2 geht hervor, dass das Abweichungsverfahren durch ein Dekret zu organisieren ist und dass der Beschluss, in einem bestimmten Fall eine Abweichung zu gewähren, zum Kompetenzbereich des Dekretgebers gehört :

«4. L'article 13 de l'avant-projet examiné charge le Gouvernement d'accorder la dérogation, sans prévoir que cette décision sera soumise à la confirmation du législateur décréteur. En ne prévoyant pas pareille confirmation, cette disposition méconnaît l'article 24, § 5, de la Constitution ⁽¹⁷⁾.».

⁽¹⁵⁾ Men kan bezwaarlijk enkel de nadruk leggen op dat beperkt karakter van de mogelijke afwijkingen, zonder zulks te zien in relatie met de aard van de eindtermen en ontwikkelingsdoelen zelf.

⁽¹⁶⁾ Avis 26.514/1 du 5 juin 1997 sur un avant-projet devenu le décret de la Communauté flamande du 15 juillet 1997 relatif à une procédure de dérogation pour les objectifs de développement et les objectifs finaux (Doc. VI. R., 1996-1997, n° 699/1, pp. 38-39).

⁽¹⁷⁾ Voir en ce sens, notamment, l'arrêt n° 76/96 précité de la Cour d'arbitrage qui a annulé l'article 6bis, § 1^{er}, de la loi du 29 mai 1959 en ce qu'il ne prévoyait pas que les objectifs finaux spécifiques de l'enseignement secondaire devaient être confirmés. Voir également en ce sens l'avis 26.514/1, précité, et l'article 6ter de la loi du 29 mai 1959, précitée, insérée par le décret de la Communauté flamande du 15 juillet 1997.

Daraus ergibt sich, dass die Anforderung eines Eingriffs des Dekretgebers im Hinblick auf die Gewährung einer Abweichung erfüllt ist, wenn dieser Eingriff die Form einer Bestätigung des Akts annimmt, in dem die Regierung die o.a. Abweichung gewährt hat ⁽¹⁸⁾.

Im o.a. Gutachten 26.514/1 ⁽¹⁹⁾ hatte die Gesetzgebungsabteilung diesbezüglich mehr im allgemeinen auf die Anforderungen des Gesetzmäßigkeitsprinzips hingewiesen:

«3. (...) In verband met de problematiek van de verhouding eindtermen - afwijkingen daarop, moet bovendien ook de vraag worden gesteld van de verenigbaarheid met het bekende legaliteitsbeginsel in onderwijszaken, geformuleerd in artikel 24, § 5, van de Grondwet. Het is immers zo dat een regeling waarbij de regering in het kader van een afwijkingsprocedure beslist of de door een school voorgestelde «vervangende» eindtermen en ontwikkelingsdoelen aanvaardbaar zijn, uiteindelijk zou kunnen neerkomen op een systeem van niet bij decreet vastgestelde of bekrachtigde eindtermen. En daarbij is het gevaar zelfs niet denkbeeldig dat die vervangende eindtermen niet eens zullen worden vastgelegd in een reglementair besluit van de Vlaamse regering, doch louter op individuele basis, namelijk aan de hand van de toegestane afwijkingen, waarbij de uitvoerende macht dan nog over een ruime beoordelingsbevoegdheid beschikt.

Vertrekkend van die vaststelling moet op zijn minst worden opgemerkt dat het decreet in ontwerp een meer precieze invulling zal moeten geven aan sommige, voor de toepassing van de afwijkingsregeling overigens cruciale begrippen zoals bijvoorbeeld 'onderwijs dat gesteund is op bijzondere pedagogische en onderwijskundige opvattingen' ⁽²⁰⁾. Ook het 'onvoldoende ruimte laten door' en het 'onverzoenbaar zijn met' de door de regering vastgestelde eindtermen en ontwikkelingsdoelen verdienen in dit opzicht nadere invulling. Dat alles afgezien van de vraag of de eindtermen en ontwikkelingsdoelen zelf als «minimaal» kunnen worden beschouwd.

Het is wellicht overbodig aan te stippen dat het uiteindelijk aan het Arbitragehof zal toekomen te oordelen of het voorgestelde systeem van eindtermen, gepaard gaande met een afwijkingsprocedure, verenigbaar is met de door de Grondwet gewaarborgde vrijheid van onderwijs en met het legaliteitsbeginsel.».

⁽¹⁸⁾ Dem Systemaufbau gemäß muss die dekretale Bestätigung kurzfristig stattfinden.

⁽¹⁹⁾ Siehe die oben stehende Fußnote ⁽¹⁶⁾.

⁽²⁰⁾ Het gebruik van het woord "bijzonder" laat verstaan dat bedoelde onderwijsvormen afwijken van de "normale" pedagogische en onderwijskundige opvattingen, welke evenwel nergens in concreto terug te vinden zijn. Overigens volgt, zoals reeds gezegd, uit het beginsel van de vrijheid van onderwijs het recht op een eigen opvoedkundig project, zodat het maken van een onderscheid tussen "normale", en "bijzondere" pedagogische en onderwijskundige opvattingen hoe dan ook in vraag moet worden gesteld.

Es ist Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die für die Einführung eines Abweichungsverfahrens notwendigen dekretalen Regeln unter Berücksichtigung der obenerwähnten Grundsätze auszuarbeiten. Diese Regeln müssen am selben Tag wie das entworfene Dekret in Kraft treten ⁽²¹⁾ und sollten vorzugsweise in diesem aufgenommen werden.

5. Die Einführung weiterer Abweichungsmöglichkeiten ändert jedoch nichts daran, dass die Definition der Schlüsselkompetenzen von sich aus die Verwirklichung eines eigenen pädagogischen Projektes ermöglichen muss. Die Schlüsselkompetenzen dürfen deshalb nicht auf eine verbindliche Weise präzisiert werden, wie weit das eingeführte Abweichungsverfahren auch sein mag.

Im o.a. Gutachten 31.675/2 hat die Gesetzgebungsabteilung betont, dass die im Urteil des Schiedshofs Nr. 49/2001 festgestellten Verfassungswidrigkeiten nicht nur an dem Fehlen eines Abweichungsverfahrens lagen sondern auch an der zu ausführlichen und zu genauen Beschreibung des Bezugssystems für die Grundfertigkeiten. Dieses Gutachten enthält insbesondere den folgenden Passus :

«3.1. En ce qui concerne son premier objet, l'avant-projet de décret examiné ne modifie en rien les socles de compétences annulés par la Cour d'arbitrage.

L'exposé des motifs de l'avant-projet s'appuie à cet égard sur le considérant B.13. de l'arrêt de la Cour d'arbitrage n/ 49/2001, qui, sous le titre 'quant au Maintien des effets des dispositions annulées', justifie le Maintien des effets jusqu'au 30 juin 2001 par la considération que 'l'annulation du décret est motivée uniquement par l'absence d'une procédure de dérogation sans mettre aucunement en cause les dispositions du décret'. Les auteurs de l'avant-projet considèrent, dès lors, que la seule mise en place d'une procédure de dérogation suffit à répondre aux griefs d'inconstitutionnalité relevés par la Cour d'arbitrage.

Il convient toutefois de mettre en rapport ce considérant B.13. avec le considérant B.11. qui constate que la description des socles de compétences 'est à ce point étendue et détaillée qu'elle ne peut raisonnablement être considérée comme un 'référentiel' de base" et que la confirmation de tels socles, 'en précisant de manière trop contraignante des modes d'apprentissage, ne laisse pas suffisamment de latitude au pouvoir organisateur pour mettre en oeuvre son propre projet pédagogique'.

La question se pose, dès lors, de savoir si la simple organisation d'une procédure de dérogation suffit ou s'il ne convient pas plutôt que la Communauté française, adopte, à l'instar de la Communauté flamande, des socles de compétences moins contraignants, afin d'assurer la conformité du décret en projet avec l'article 24, § 1^{er}, de la Constitution tel qu'il a déjà été interprété par la Cour d'arbitrage.

Il appartient aux auteurs du projet de donner la réponse à cette question dans l'exposé des motifs et de justifier leur choix au regard de l'article 24 de la Constitution.».

⁽²¹⁾ In diesem Sinn, siehe o.a. Gutachten 31.675/2, Punkt 5.

Im o.a. Gutachten 26.514/1 ⁽²²⁾ hatte die Gesetzgebungsabteilung bereits in diesem Sinne bemerkt:

«3. (...) de door de regering vastgestelde eindtermen en ontwikkelingsdoelen moeten op zich een eigen pedagogisch project mogelijk maken. Die mogelijkheid mag evenwel niet enkel verwezenlijkbaar zijn door het aanvragen en verkrijgen van een afwijking op de door de regering vastgelegde eindtermen en ontwikkelingsdoelen ⁽²³⁾ welke logischerwijze dan ook, zoals het Arbitragehof het zegt, 'beperkt' zullen zijn» ⁽²⁴⁾."

Die in diesem Gutachten formulierten Bemerkungen sind immer noch aktuell.

Infolgedessen ist es Aufgabe des Verfassers des Vorentwurfs, sich zu vergewissern, dass die von ihm in den Anhängen I bis VII des Dekretvorentwurfs festgelegten Rahmenpläne nicht dermaßen detailliert sind, dass sie die von dem Verfassungsgerichtshof in den genannten Urteilen entwickelten Grundsätze verletzen.

Besondere Bemerkungen

Verfügender Teil

Artikel 10

Da die Rahmenpläne durch Dekret festgelegt werden, müssen die wesentlichen Bestandteile des Verfahrens für deren Bewertung und Umsetzung durch Dekret festgelegt werden.

Artikel 11

⁽²²⁾ In der oben stehenden Fußnote ⁽¹⁶⁾ erwähnt.

⁽²³⁾ Het ontwerp lijkt er integendeel van uit te gaan dat dit eigen project alleen gerealiseerd kan worden via de procedure van afwijking op de eindtermen.

⁽²⁴⁾ Men kan bezwaarlijk enkel de nadruk leggen op dat beperkt karakter van de mogelijke afwijkingen, zonder zulks te zien in relatie met de aard van de eindtermen en ontwikkelingsdoelen zelf.

Das Ende des Satzes "eine besondere Aufmerksamkeit" ist zu vage. Die erwogene normative Tragweite sollte deutlich präzisiert werden.

Diese Bemerkung gilt auch für Artikel 16 des Vorentwurfs.

Artikel 18

Die Arbeitsweise, die darin besteht, Bestimmungen eines Erlasses der Regierung mit einem Dekret zu ändern, hat den Nachteil, dass den geänderten Bestimmungen eine Dekretskraft erteilt wird, was mit sich bringt, dass sie nachher nur durch Dekret ersetzt, geändert oder aufgehoben werden können.

Es wäre deshalb besser, die in Artikel 18 des Dekretvorentwurfs vorgesehene Änderung im Wege eines Regierungserlasses vorzunehmen.

Artikel 23

In Artikel 23, Nr. 5, des Dekretvorentwurfs wird die Regierung damit beauftragt, das Datum des Inkrafttretens des Dekretvorentwurfs "für die erste Stufe der Sekundarschule in den Fächern Musik/Kunst und Technik" festzulegen.

Die Prärogativen des Dekretgebers wären besser respektiert, würde ein Stichtag vorgesehen, an dem der Dekretvorentwurf in Kraft treten würde, ohne dass die Regierung intervenieren müsste.

Die Kammer setzte sich zusammen aus

den Herren	Y. KREINS,	Kammervorsitzender,
	P. VANDERNOOT,	
Frau	M. BAGUET,	Staatsräte,
Herrn	H. BOSLY,	Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung,
Frau	B. VIGNERON,	Kanzler.

Der Bericht wurde von Herrn R. WIMMER, Auditor, vorgelegt.

DER KANZLER,

DER VORSITZENDE,

B. VIGNERON

Y. KREINS

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Herrn Wimmer, Auditor, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

D. LANGBEEN.